

DStV-Stellungnahme E 06/26

Bewertung der Richtlinie über den Schutz von Hinweisgebern

1. Allgemein

Mit der Richtlinie (EU) 2019/1937 zum Schutz von Personen (im Folgenden: Whistleblower-Richtlinie), die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, verfolgt die EU das Ziel, durch gemeinsame Mindeststandards ein hohes Schutzniveau für Hinweisgeber zu gewährleisten. Im Zuge der Evaluierung dieser im Dezember 2019 in Kraft getretenen Richtlinie nimmt der Deutsche Steuerberaterverband e. V. (DStV) die Gelegenheit wahr, seinen Standpunkt sowie konkrete Verbesserungsvorschläge einzubringen. Bereits im vergangenen Jahr hat der DStV im Rahmen der Sondierung zur Bewertung der Whistleblower-Richtlinie seinen Beitrag eingereicht. Die vorliegende Stellungnahme bekräftigt die vorgebrachten Positionen und hebt den weiterhin bestehenden Anpassungsbedarf noch einmal hervor.

Der DStV sieht insbesondere mit Blick auf die Übersetzung des Rechtsbegriffs „legal professional privilege“ in die deutsche Sprache weiterhin Anpassungsbedarf. Erforderlich ist eine einheitliche Begriffsbestimmung, die Rechtsklarheit und Rechtssicherheit gewährleistet.

Ziel muss es sein, sicherzustellen, dass die Auslegung des Begriffs nicht zu einer ungerechtfertigten Benachteiligung einzelner rechtsberatender Berufe, namentlich von Steuerberatern gegenüber Rechtsanwälten, führt. Die Evaluierung sollte daher genutzt werden, um bestehende Unschärfen beim Schutz des Berufsgeheimnisses zwischen den rechtsberatenden Berufen zu beseitigen und eine interessengerechte Ausgestaltung sicherzustellen.

2. Stärkung der Rechtssicherheit durch eine einheitliche deutsche Übersetzung des Rechtsbegriffs „legal professional privilege“

Der Rechtsbegriff „legal professional privilege“ ist in der Gesetzgebung und Rechtsprechung der EU fest verankert. Er drückt aus, dass rechtsberatende Berufe, die einem gesetzlichen Berufsgeheimnis unterliegen, von bestimmten Meldepflichten auszunehmen sind, wenn andernfalls nach Abwägung der Interessen ein Konflikt mit dem Recht des Mandanten auf Vertraulichkeit entstünde. Problematisch ist jedoch, dass die Übersetzung dieses Begriffs in den deutschen Sprachfassungen von Gesetzgebung und Rechtsprechung der EU nicht einheitlich erfolgt. So verwendet die deutsche Übersetzung der Richtlinie (EU) 2018/22 bspw. die Formulierung „gesetzliche Verschwiegenheitspflicht“, während die deutsche Version in der Richtlinie (EU) 2024/1385 auf das „Berufsgeheimnis der rechtsberatenden Berufe“ abstellt. In der Whistleblower-Richtlinie ist zudem eine weitere Variante der Übersetzung des Begriffs „legal professional privilege“ festgelegt. In Art. 3 Abs. 2 Buchst. b) sowie in Erwägungsgrund 26 ist von der „anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht“ die Rede. Diese Übersetzung hat nachteilige Auswirkungen für bestimmte Rechtsberufe. Durch die Bezugnahme auf die „anwaltliche Verschwiegenheitspflicht“ wird der Anwendungsbereich des Begriffs in ungerechtfertigter Weise allein auf Rechtsanwälte verengt und somit weitere rechtsberatende Berufe, wie Steuerberater– zumindest dem Wortlaut nach –,ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund weist der **DStV** an dieser Stelle noch einmal darauf hin, dass aus Gründen der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit eine einheitliche und sachgerechte deutsche Übersetzung des Begriffs dringend erforderlich ist. Die Evaluierung der Whistleblower-Richtlinie sollte genutzt werden, um die bestehende Uneinheitlichkeit zu beseitigen und den Begriff weiter zu harmonisieren.

✓ Der Rechtsbegriff „legal professional privilege“ sollte in den maßgeblichen deutschen Sprachfassungen des EU-Rechts einheitlich und sachgerecht im Sinne der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit übersetzt werden.

3. Interessengerechte Übersetzung des Rechtsbegriffs „legal professional privilege“

Die Übersetzung des Rechtsbegriffs „legal professional privilege“ muss den berufsrechtlichen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten angemessen Rechnung tragen. Dies ist im aktuellen Kontext der Ausgestaltung der Whistleblower-Richtlinie jedoch nicht gegeben. In Deutschland üben Steuerberater und Rechtsanwälte beide einen rechtsberatenden Beruf aus. Gemäß dem Steuerberatungsgesetz sind sie in gleicher Weise zur unbeschränkten Hilfeleistung in Steuersachen befugt. Als unabhängige Organe der Steuerrechtspflege mit Prozessführungsbefugnis unterliegen sie zudem einem Berufsgeheimnis. Vor diesem Hintergrund ist es nicht interessengerecht, die Ausnahme von Meldungen allein auf Rechtsanwälte zu verengen, wie es die derzeitige Übersetzung des Begriffs „legal professional privilege“ nahelegt.

Damit wird der deutschen Rechtslage nicht hinreichend Rechnung getragen. Deutschland hat bereits im interinstitutionellen Dossier zur DAC6-Richtlinie (DAC 6/Dossier (EU) 2017/0138 (CNS)) klargestellt, dass die einschlägigen Privilegien rechtsberatender Berufe in Deutschland auch für Steuerberater und Abschlussprüfer bestehen. Eine Ungleichbehandlung von Steuerberatern und Rechtsanwälten im Hinweisgeberschutz ist daher nicht gerechtfertigt. Das Mandatsgeheimnis und die daraus folgende Vertraulichkeitspflicht dürfen nicht davon abhängen, ob die Beratung im Einzelfall zufälligerweise durch einen Steuerberater oder einen Rechtsanwalt erfolgt. Eine solche Differenzierung ist sachfremd und führt im Ergebnis zu einer Zwei-Klassen-Steuerberatung. Die bestehende Ausnahmeregelung sollte daher überarbeitet und die Übersetzung des Begriffs „legal professional privilege“ interessengerecht angepasst werden.

Ein Blick in die Mitgliedstaaten zeigt nicht zuletzt, dass der Rechtsbegriff „legal professional privilege“ unterschiedlich umgesetzt wird. So hat Österreich den Ausnahmeschutz im HinweisgeberInnenschutzgesetz bei vergleichbarer berufsrechtlicher Ausgangslage auch auf Wirtschaftsprüfer und Steuerberater erstreckt (§ 3 Abs. 6 Nr. 2 österreichisches HinweisgeberInnenschutzgesetz). Eine divergierende Auslegung dieses Rechtsbegriffs kann nicht im Interesse des europäischen Gesetzgebers sein. Eine unpraktikable Übersetzung des Rechtsbegriffs ist dabei der Ausgangspunkt für die unterschiedliche Auslegung. Der **DStV** sieht auch vor diesem Hintergrund dringenden Handlungsbedarf.

- ✓ Die Übersetzung des Rechtsbegriffs „legal professional privilege“ muss den berufsrechtlichen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten angemessen Rechnung tragen und darf, insbesondere in Deutschland, nicht zu einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung von Steuerberatern und Rechtsanwälten beim Hinweisgeberschutz führen.
- ✓ Im Sinne einer einheitlichen Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Union sollte die Übersetzung des Rechtsbegriffs „legal professional privilege“ angepasst und unionsweit interessengerecht und kohärent harmonisiert werden.

4. Möglichkeit der Aufnahme weiterer Anwendungsbereiche

Der **DStV** sieht im Rahmen der Evaluierung zudem die Möglichkeit, die Aufnahme weiterer sachlicher Anwendungsbereiche in die Whistleblower-Richtlinie zu prüfen. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass die technologische und gesellschaftliche Entwicklung seit Verabschiedung der Richtlinie fortgeschritten ist und damit auch der Anwendungsbereich angepasst oder erweitert werden könnte.

Dazu zählen bspw. der Einsatz künstlicher Intelligenz oder die gezielte Verbreitung von Falschinformationen zur Unterwanderung demokratischer Prozesse. Daher sollte geprüft werden, ob und inwieweit der sachliche Anwendungsbereich der Richtlinie gemäß Artikel 2 Absatz 1 erweitert werden kann.

- ✓ Der sachliche Anwendungsbereich der Whistleblower-Richtlinie sollte mit Blick auf neue Entwicklungen überprüft und erforderlichenfalls erweitert werden. Etwaige Anpassungen sollten nach Ansicht des **DStV** allerdings damit verknüpft werden, die oben genannten Defizite aufgrund der bisher nicht sachgerechten Differenzierung innerhalb der Rechtsberufe (Steuerberater und Rechtsanwälte) zu beseitigen. Die Schaffung einer klaren und interessengerechten Lösung muss hier weiterhin im Vordergrund stehen.

Stand: 27.03.2026

Der Deutsche Steuerberaterverband e.V. (DStV) vertritt als Spitzenorganisation die Angehörigen der steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufe auf nationaler und internationaler Ebene gegenüber Politik, Exekutive und weiteren Stakeholdern. In seinen 15 Mitgliedsverbänden sind 36.500 - überwiegend in eigener Kanzlei oder Sozietät tätige - Steuerberater, Steuerbevollmächtigte, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer sowie Berufsgesellschaften freiwillig zusammengeschlossen.

Der DStV ist im europäischen Transparenzregister unter der Nummer 845551111047-04 eingetragen.

*

DStV Statement E 06/26

Evaluation of the Whistleblower Protection Directive

1. General remarks

With Directive (EU) 2019/1937 on the protection of persons reporting breaches of Union law (hereinafter the “Whistleblower Directive”), the European Union seeks to ensure a high level of protection for whistleblowers through common minimum standards. In the context of the evaluation of this Directive, which entered into force in December 2019, the German Tax Advisers Association (DStV) welcomes the opportunity to set out its views and present specific proposals for improvement. The DStV already submitted its contribution during the exploratory phase of the evaluation process last year. The present statement reaffirms those positions and once again underlines the continuing need for targeted amendments.

In the DStV’s view, there remains a particular need for revision regarding the German translation of the legal term “legal professional privilege”. A uniform definition is necessary to ensure legal clarity and legal certainty.

It is essential to ensure that the interpretation of this term does not result in an unjustified disadvantage for certain legal advisory professions, in particular tax advisers, as compared with solicitors. The evaluation should therefore be used to remove the existing ambiguities surrounding the protection of professional secrecy across the legal advisory professions and to establish a framework that appropriately balances the interests of all parties involved.

2. Strengthening legal certainty through a standardised German translation of the legal term “legal professional privilege”

The legal concept of “legal professional privilege” is firmly established in EU legislation and case law. It reflects the principle that legal professions subject to statutory professional secrecy should be exempt from certain reporting obligations where, following a balancing of the interests at stake, such obligations would otherwise conflict with the client’s right to confidentiality. The difficulty, however, lies in the fact that the German translation of this term is not used consistently across the German-language versions of EU legislation and case law. For instance, the German version of Directive (EU) 2018/22 uses the term „gesetzliche Verschwiegenheitspflicht”, whereas the German version of Directive (EU) 2024/1385 refers to the „Berufsgeheimnis der rechtsberatenden Berufe “. The Whistleblower Directive, in turn, provides yet another variant of the translation of the term “legal professional privilege”. Article 3(2)(b) and Recital 26 refer to the “anwaltlichen Verschwiegenheitspflicht”. This wording has adverse implications for certain legal professions. By referring specifically to the “duty of confidentiality of lawyers”, the scope of the term is unjustifiably narrowed to lawyers alone, thereby excluding other legal professions, such as tax advisers, at least on the face of the wording.

Against this background, the **DStV** would like to reiterate that, for reasons of legal clarity and legal certainty, there is an urgent need for a uniform and appropriate German translation of the term. The evaluation of the Whistleblower Directive should be used to remove the existing inconsistency and to further harmonise the terminology.

✓ The legal term “legal professional privilege” should be translated consistently and appropriately in the relevant German-language versions of EU law in the interests of legal clarity and legal certainty.

3. A translation of the legal term “legal professional privilege” that properly reflects the interests involved

The translation of the legal term “legal professional privilege” must properly take into account the professional legal frameworks in the Member States. This is not the case in the current wording of the Whistleblower Directive. In Germany, both tax advisers and lawyers belong to the legal advisory professions. Under the German Tax Advisers Act, both are equally authorised to provide unrestricted assistance in tax matters. As independent organs of the tax justice system with the right to represent clients in legal proceedings, they are also bound by professional secrecy. Against this background, it is not in the public interest to limit the exemption from reporting obligations solely to lawyers, as the current translation of the term “legal professional privilege” suggests.

This approach does not adequately reflect the legal situation in Germany. In the interinstitutional dossier relating to the DAC6 Directive (DAC 6 / Dossier (EU) 2017/0138 (CNS)), Germany already made clear that the relevant privileges enjoyed by the legal professions in Germany also extend to tax advisers and auditors. Unequal treatment of tax advisers and lawyers in the context of whistleblower protection is therefore not justified. Client confidentiality and the resulting duty of confidentiality must not depend on whether, in a specific case, the advice is provided by a tax adviser or by a lawyer. Such a distinction is immaterial and ultimately results in a two-tier system of tax advice. The existing exemption should therefore be revised, and the translation of the term “legal professional privilege” should be adapted to properly reflect the interests involved.

A comparison across the Member States also demonstrates that the legal concept of “legal professional privilege” is implemented differently. Austria, for example, has extended the exemption under its Whistleblower Protection Act to auditors and tax advisers operating in a comparable professional context (Section 3(6)(2) of the Austrian Whistleblower Protection Act). Such divergent interpretations of this legal concept cannot be in the interest of the European legislator. An impractical translation of the legal concept is one of the root causes of these differences in implementation. Against this background, the **DStV** considers that there is an urgent need for action in this regard as well.

✓ The translation of the legal term “legal professional privilege” must properly take

account of the professional legal circumstances in the Member States and must not, particularly in Germany, result in unjustified unequal treatment of tax advisers and lawyers in the context of whistleblower protection.

✓ In the interest of a uniform implementation of European Union legal acts, the translation of the legal term “legal professional privilege” should be adapted and harmonised across the Union fairly and coherently.

4. Possibility of extending the scope of application

The **DStV** also considers the evaluation to be an opportunity to examine whether additional substantive areas should be brought within the scope of the Whistleblower Directive. In this context, due account should be taken of the fact that technological and societal developments have advanced since the Directive was adopted, and that its scope of application may therefore need to be adjusted or expanded.

This includes, for example, the use of artificial intelligence or the deliberate dissemination of disinformation with the aim of undermining democratic processes. It should therefore be assessed whether, and to what extent, the material scope of the Directive may be extended in accordance with Article 2(1).

✓ The material scope of the Whistleblower Directive should be reviewed in light of new developments and expanded where necessary.

However, in the **DStV's** view, any such adjustments should be linked to the elimination of the shortcomings outlined above, which arise from the hitherto inappropriate differentiation within the legal advisory professions, in particular between tax advisers and solicitors. The establishment of a clear and equitable solution must remain the priority.

As of: 17 April 2026

The German Association of Tax Advisers (DStV) acts as the umbrella organisation representing members of the tax advisory and auditing professions at national and international level in dealings with politicians, the executive and other stakeholders. Its 15 member associations comprise 36,500 tax advisers, tax agents, auditors, chartered accountants and professional firms – most of whom work in their own practices or firms – have voluntarily joined together.

The DStV is registered in the European Transparency Register under number 845551111047-04.

*